

Kirchen und Verbände fordern Verlängerung der Bleiberechtsregelung

Welle von Abschiebungen droht

Petra Kappe

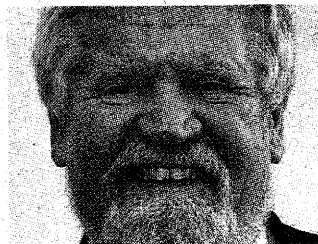
Berlin. Zehntausenden langjährig geduldeten Flüchtlingen droht die Abschiebung aus Deutschland. Eine breite Bewegung aus Kirchen, Hilfswerken und Wohlfahrtsverbänden fordert eine Verlängerung der Bleiberechtsregelung, um die bevorstehende Abschiebewelle abzuwenden.

„Es wäre zutiefst inhuman, zum Ende des Jahres all jenen geduldeten Flüchtlingen das Bleiberecht zu entziehen, die es trotz aller Anstrengungen nicht geschafft haben, eine Arbeit zu finden“, kritisiert Heidi Merk vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. „Es kann nicht angehen, dass ausgerechnet diese Menschen mit ihrem schweren Schicksal die ersten Opfer der Wirtschaftskrise werden.“

Heute befasst sich der Bundestagsinnenausschuss mit Anträgen, den Stichtag zum

Jahresende zu verschieben. „Der Vorschlag der CDU, erst einmal abzuwarten und gegebenenfalls im nächsten Jahr eine Regelung zu finden, ist völlig inakzeptabel“, sagen die Kritiker. „Die hier lebenden Flüchtlinge und ihre Familien brauchen endlich Sicherheit.“

Die Bleiberechtsregelung von 2007 sollte die Kettenduldungen beenden. Stattdessen erhielten die Menschen Aufenthaltserlaubnisse „auf Probe“, die bis Ende 2009 befristet



Bleiberecht: Präs Alfred Buß WR

sind. Nur wenn sie nachweisen können, dass sie ihren Lebensunterhalt überwiegend eigenständig bestreiten können,

können sie sicher bleiben.

Dieser Nachweis fällt vielen schwer. „Die Menschen wurden jahrelang vom Arbeitsmarkt ferngehalten“, sagt der Präs der Evangelischen Kirche von Westfalen, Alfred Buß, im Gespräch mit der WR. Ein Vollerwerbsjob genüge in vielen Fällen nicht. Denn: es darf kein Anspruch auf staatliche Unterstützung bestehen, unabhängig davon, ob er geltend gemacht wird.

Von den 180 000 Flüchtlingen können nach Schätzungen der großen Kirchen vier Fünftel die Bedingungen nicht erfüllen. 80 Prozent derjenigen, die das Bleiberecht beantragt haben, besitzen nach Beobachtungen von Caritas und Diakonischem Werk nur eine Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“. Können sie zum Jahresende nicht ausreichend Einkommen nachweisen, fallen sie in die Duldung zurück oder werden abgeschoben. **Politik**

INFO

„Hier geblieben“

- Neben der Aktion der großen Kirchen gibt es weitere Kampagnen für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte.
- Das Aktionsbündnis „Hier geblieben!“ macht unter anderem mit Unterschriftensamm-

lungen und Wahlprüfsteinen auf die Lage von Flüchtlingen und Papierlosen aufmerksam.

- Das Bündnis von Flüchtlingsräten und Nichtregierungsorganisationen tritt auch für das Bleiberecht ein.